

Gesundheitsamt

Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 1273/25

Titel der Drucksache

Mehr Gesundheitsversorgung dort, wo sie gebraucht wird – für ein Modellprojekt Gesundheitskiosk

Öffentlichkeitsstatus der Stellungnahme

öffentlich

Zutreffendes bitte auswählen und im Feld Stellungnahme darauf Bezug nehmen:

- | | |
|---|-------|
| Ist die rechtliche Zulässigkeit des Antrages gegeben? | Ja. |
| Stehen personelle und sächliche Ressourcen zur Verfügung? | Nein. |
| Liegen die finanziellen Voraussetzungen vor? | Nein. |

Stellungnahme

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Umsetzung eines einjährigen Modellprojekts „Gesundheitskiosk“ zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung und Prävention in sozioökonomisch benachteiligten Stadtteilen Erfurts zu konzipieren. Dazu soll ein geeigneter Standort für den Gesundheitskiosk in einem strukturell belasteten Stadtteil (z.B. Rieth, Moskauer Platz, Herrenberg oder Roter Berg) identifiziert und hierfür eine niedrigschwellige, mehrsprachige und kultursensible Begegnungsstätte nach dem Vorbild des Hamburger Modells entwickelt werden. Es ist sicherzustellen, dass das Angebot barrierearm und kostenfrei zugänglich ist und insbesondere Menschen mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, Ältere sowie Menschen mit Migrationsbiografie erreicht.

Das Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Gesundheit vom August 2022 definiert Gesundheitskioske als „Beratungsangebote für Patientinnen und Patienten in sozial benachteiligten Regionen“. Hauptaufgabe dieser Anlaufstellen ist es, den Zugang zur Versorgung der Patientinnen und Patienten mit besonderem Unterstützungsbedarf zu verbessern und die Versorgung zu koordinieren. Beratung, Vermittlung und vorbeugende Maßnahmen werden hier als bestehende Versorgungslücken benannt“ ([Bundesministerium für Gesundheit 2022](#)). Hier sollen Menschen besonders niedrigschwellig in allen Fragen zur Gesundheit, Gesundheitsförderung und ihrer sozialen Situation beraten und gegebenenfalls an spezialisierte Einrichtungen im Sozial- oder Gesundheitswesen vermittelt werden ([Kooperationsverbund gesundheitliche Chancengleichheit](#)). Auf Initiative der Kommune sollten die Krankenkassen mit einem Anteil von 80% (ca. 75% gesetzliche Krankenversicherung und 5% private Krankenversicherung) die Errichtung unterstützen. Da in einem Gesundheitskiosk auch Aufgaben der Daseinsvorsorge erbracht werden, wäre die Kommune mit 20% an der Finanzierung dieses Angebotes zu beteiligen. Die gesetzliche Grundlage sollte hierzu geschaffen werden. Im Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune vom 28.02.2025 ist die Errichtung von Gesundheitskiosken nicht mehr vorgesehen ([Bundesgesetzblatt 2025](#)). Auch im aktuellen Koalitionsvertrag findet sich hierzu kein Hinweis. Der Thüringer Koalitionsvertrag benennt im Zusammenhang mit modernen Versorgungsformen Gemeindeggesundheitspflege in der Primärversorgung in organisatorischer Anbindung an die Allgemeinmedizinische Praxis ([Regierungsvertrag 2024-2029](#)).

Nach dem Vorbild der Terveyskioski in Finnland, die wiederum auf dem amerikanischen System der walk-in-clinics fußen, und als Hauptaufgaben Prävention und Gesundheitsförderung, die Information und Beratung der Bevölkerung sowie die Durchführung kleinerer medizinischer

Maßnahmen (z. B. Messung des Blutdrucks und des Blutzuckerspiegels, Durchführung von Impfungen, Entfernen von Fäden) umfassen, sind seit 2017 in Deutschland mehrere Gesundheitskioske entstanden ([Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit](#)). Grundsätzlich unterscheidet sich das deutsche sowohl vom us-amerikanischen als auch vom finnischen Gesundheitssystem deutlich; In dem einen gibt es entweder keine verpflichtende Krankenversicherung in einem privatwirtschaftlich organisierten Gesundheitsmarkt (USA) oder die gesundheitliche Versorgung wird einem staatlichen, steuerfinanzierten Gesundheitssystem umgesetzt. In beiden Systemen ist es üblich, dass akademisch ausgebildetes nichtärztliches Personal als Teil eines multiprofessionellen Teams mit umfassenden Qualifikationen und Kompetenzen ausgestattet ist und regelhaft medizinische Prozeduren durchführt, die in Deutschland bis dato unter Arztvorbehalt stehen und nur in Ausnahmefällen durch speziell (zumeist auf Masterniveau ausgebildete Pflegefachpersonen) substituiert werden können.

Unter dem Begriff „Gesundheitskiosk“ werden unterschiedliche Beratungsangebote für Menschen in sozial benachteiligten Regionen verstanden ([Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit](#)): Hauptaufgabe dieser Anlaufstellen ist es, Menschen besonders niedrigschwellig in allen Fragen zur Gesundheit, Gesundheitsförderung und ihrer sozialen Situation zu beraten und sie gegebenenfalls an spezialisierte Einrichtungen im Sozial- oder Gesundheitswesen zu vermitteln, und den Zugang zur gesundheitlichen Versorgung insbesondere für Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf in sozial benachteiligten Regionen sicherzustellen und gezielt zu koordinieren. Der Schwerpunkt des Leistungsspektrums liegt nicht auf der tatsächlichen Erbringung medizinischer Leistungen, sondern auf Beratungs- und Vermittlungsleistungen, um Personen bei der Inanspruchnahme bestehender, aber von diesen bisher nicht genutzter medizinischer Angebote zu unterstützen. Ihre Aufgaben sind dementsprechend eine niedrigschwellige Beratung zur Förderung der Gesundheitskompetenz von Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf sowie eine im Bedarfsfall individuelle Beratung zur Unterstützung eines gesundheitsförderlichen Lebensstils ([Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages 2023](#)).

Daten des Mikrozensus ergaben, dass im Jahr 2023 deutschlandweit insgesamt 72.000 Personen ohne Krankenversicherungsschutz waren. Dies entspricht 0,1% der Gesamtbevölkerung ([Destatis 2025](#)). Somit ist ein Bedarf für eine medizinische Versorgung betroffener Personen in den genannten Erfurter Stadtteilen anhand absoluter Zahlen mit etwa 200 Personen anzunehmen. Derzeit bieten unterschiedliche Angebote Menschen ohne Krankenversicherung Zugang zu medizinischer Versorgung ([Anonymer Krankenschein Thüringen](#)).

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) stellt neben der ambulanten und stationären Versorgung die dritte Säule des Gesundheitswesens dar mit der Aufgabe, die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen, zu erhalten und zu fördern und die gesundheitliche Chancengleichheit (bzw. Chancengerechtigkeit) zu verbessern ([GesDV TH 1998 §1](#), [Leitbild für einen modernen ÖGD](#)). In diesem Sinne hat der ÖGD keinen primär kurativen Auftrag, sondern arbeitet sozialkompensatorisch. Im Bereich Gesundheitsförderung bietet das Gesundheitsamt bereits jetzt vielfältige niedrigschwellige Angebote mit besonderem Fokus auf Stadt- und Ortsteile mit besonderem Unterstützungsbedarf: mit den Bewegungsbegleiterinnen sind bis dato in fünf Quartieren Angebote verfügbar. Dabei tragen ehrenamtliche geschulte Personen regelmäßig wöchentlich stattfindende niedrigschwellige Bewegungsangebote. Mit dem Bewegungsparcours am Holunderweg wurde im Rahmen der Gesundheitspartnerschaft mit der AOK plus ein verhältnispräventives Projekt umgesetzt, dass die Möglichkeiten der Bewegungsförderung /Gesundheitsförderung über Bewegung dauerhaft verbessert und einen Beitrag zu gesundheitsförderlicher Infrastruktur leistet.

Mit der Etablierung eines dezentralen Beratungsangebotes der Landeshauptstadt Erfurt in den Räumen des 2025 neu eröffneten Drosselbergzentrums übernimmt die Kommune zudem Aufgaben, die auch im zum Vergleich herangezogenen Hamburger Modell der Gesundheitskioske wahrgenommen werden. Hier sind wöchentliche Beratungskapazitäten der Abteilung Kinder- und Jugendgesundheit, des Sozialpsychiatrischen Dienstes und des Infektionsschutzes (Mütter- und

Väterberatung) aus dem Bereich des Gesundheitsamtes verfügbar. Zudem bieten das Amt für Soziales, der Allgemeine Sozialdienst und das Netzwerk Frühe Hilfen des Jugendamtes sowie das Streetwork Beratung zu unterschiedlichen Themen und für diverse Zielgruppen.

Das Drosselbergzentrum bietet eine Möglichkeit, den Bedarf an und die Akzeptanz von kommunalen Beratungsangeboten exemplarisch in einem Stadtteil mit unterschiedlichen sozialen und gesundheitsbezogenen Herausforderungen für viele verschiedene Zielgruppen zu erfassen. Die Analyse und ggf. Weiterentwicklung des Angebotes sind komplexe Aufgaben, die unter Einbindung aller beteiligten Ämter und externer Partner erfolgen muss. Sie muss auf konkret zu bestimmende Bedarfslagen ausgerichtet sein, integriert im Rahmen einer gesamtstädtischen Strategie gedacht werden und vorhandene Ressourcen optimal nutzen. Hierbei sollte die Integrierte Sozialraumplanung (ISRP) einbezogen werden. Die ISRP stellt das geeignete Format für Erfurt dar, die Bedarfe gestützt auf die kommunale Gesundheits- und Sozialberichterstattung zu erfassen und die Angebote sozialraumbezogen und kooperativ mit den freien Trägern zu entwickeln. Gesundheit ist als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und damit als Querschnittsthema in allen Bereichen der Politik zu sehen (Health in All Policies, [BIÖG 2022](#)). Die gesundheitliche Lage von Menschen wird neben feststehenden Faktoren wie Alter, Geschlecht oder genetischer Prädisposition vor allem durch den Lebensstil, aber auch die Einbettung in soziale Netzwerke, die individuellen Lebens-, Wohn-, Bildungs- oder Arbeitsbedingungen und sozioökonomischen, kulturellen und physischen Umweltbedingungen bestimmt (Determinanten der Gesundheit, [BIÖG 2022](#)). Weitere Schnittmengen des Themas Gesundheitsberatung/Gesundheitsförderung ergeben sich daher direkt mit der Quartiers- und Altenhilfeplanung, aber auch mit den Bereichen Jugend, Bildung, Umwelt oder Stadtentwicklung.

Eine zusätzlich mit den Akteuren des Versorgungssystems organisierte Verweisberatung mit Lotsenfunktion für medizinisch-therapeutische Anliegen erfordert ein Netz von kooperierenden Einrichtungen bzw. Praxen, welches a priori zu etablieren wäre. Eine aus fachlicher Sicht notwendige Voraussetzung ist die Existenz und effektive Arbeitsweise eines Netzwerkes mit haus- und fachärztlicher Expertise, das in der Lage ist, in der Beratung des Gesundheitskioskes erkannte Behandlungserfordernisse der versicherten Personen aufzufangen bzw. Patienten zur weiterführenden Beratung an diesen zu vermitteln. Der Verwaltung sind keine Aktivitäten einer ärztlichen Initiative bekannt, in einem der Erfurter Stadtteile mit besonderem Unterstützungsbedarf in dieser Form zu agieren. Um eine qualifizierte Gesundheitsberatung insbesondere zu medizinischer und pflegerischer Versorgung für alle Zielgruppen (Ältere, von Armut Betroffene, chronisch Kranke, Menschen mit Sprach- oder kulturellen Barrieren etc.) zu realisieren, bedarf es zudem speziell hierfür qualifizierten Personals. Dabei stellt die Erfordernis sprachlich-kultureller Kompetenz und medizinisch-therapeutischer Qualifikation eine weitere Herausforderung dar. Sog. Community Health Nurses -auf Master-Niveau qualifiziertes Pflegefachpersonal- verfügen über die Fachkompetenz, die eine eigenständige Einschätzung der Problematik und der richtigen Verweisadresse erlaubt ([Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe 2018](#)). Sie könnte Schnittstellenprobleme zwischen den Versorgungssektoren abbauen.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine geeignete Trägerstruktur herauszuarbeiten. Es ist zu prüfen, in wie weit eine Zusammenarbeit mit Krankenkassen, Vereinen und Verbänden sowie weiteren Akteuren umsetzbar ist.

Die Finanzierung über das Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG), wie in verschiedenen Entwürfen vorgesehen, ist im Beschluss entfallen. Krankenkassen haben die Kooperation im Hamburger Modell gekündigt. Die Sprechzeiten werden dort bereits wieder reduziert.

Fazit:

Für ein Modellprojekt „Gesundheitskiosk“ fehlen die gesetzlichen Grundlagen, wesentliche Voraussetzungen für eine bedarfsgerechte Umsetzung, sowie die finanziellen und personellen Ressourcen. Die Landeshauptstadt Erfurt kann die Erfahrungen des niedrighschwelligen

kommunalen Beratungsangebotes zu gesundheitsbezogenen und sozialen Problemstellungen in der Kooperation mit einem freien Träger im Drosselbergzentrum nach einer ausreichend langen Anlaufphase evaluieren und ggf. in einem umfassenden, abgestimmten Beteiligungsprozess zu einem späteren Zeitpunkt weiterentwickeln. Dabei sind Doppelstrukturen zu vermeiden.

Änderung des/der Beschlusspunkte aus Sicht der Stadtverwaltung:

Anlagenverzeichnis

gez. Melzer
Unterschrift Amtsleitung

10.11.2025
Datum